

# Volks-Zeitung

mit täglichem Unterhaltungs-Blatt  
Illustrierter Familien-Zeitung  
und illustriertem Witzblatt U.K.

Ercheint täglich zweimal, Sonntags nur morgens. Abonnementspreis in Gross-Berlin und vielen Orten der Provinz Brandenburg, Pommern, Sachsen, a. a. O. 50 Pf. wöchentlich, M. 2,00 monatlich oder M. 6,50 vierteljährlich. Abonnementspreis bei Postbestellung oder M. 2,25 a. Viertel, M. 7,50 a. Halbjahr, M. 12,00 a. Jahr. Zusätze: Familien-Anzeigen für Abonnenten M. 1,- die Zeile, Kleinanzeigen M. 2,- die Zeile, für Stellenanzeigen und Gesuche M. 2,- die Zeile. Zusätze: Familien-Anzeigen für Abonnenten M. 1,- die Zeile, Kleinanzeigen M. 2,- die Zeile, für Stellenanzeigen und Gesuche M. 2,- die Zeile. Zusätze: Familien-Anzeigen für Abonnenten M. 1,- die Zeile, Kleinanzeigen M. 2,- die Zeile, für Stellenanzeigen und Gesuche M. 2,- die Zeile. Zusätze: Familien-Anzeigen für Abonnenten M. 1,- die Zeile, Kleinanzeigen M. 2,- die Zeile, für Stellenanzeigen und Gesuche M. 2,- die Zeile.

Flieser: Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag, Samstag, Sonntag, Feiertage. Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin S.W.

## Die Gewerkschaftskommission in der Streifileitung.

Zustimmung zum Vermittlungsvorschlag des Arbeitsministers.

Im Metallarbeiterstreik ist gestern eine Wendung eingetreten. In der bereits angekündigten Sitzung der Gewerkschaftskommission wurde beschlossen, daß die Gewerkschaftskommission von jetzt ab mit der bisherigen Streifileitung die Führung des Streiks übernimmt. Die Gewerkschaftskommission erwidert in dem Streik der Metallarbeiter einen Abwehrstreik. Wie jedoch die einzelnen Gewerkschaften zur Beteiligung an dem Streik aufgefordert werden, soll dem bereits mitgeteilten Vermittlungsvorschlag des Reichsarbeitsministers Schicksal nähergetreten werden. Die Kommission der neuen Streifileitung sind bereit, in Verhandlungen einzutreten, und erlauben den Ministern, falls auch die Unternehmer zu Verhandlungen bereit sind, den Termin dieser Verhandlungen bekanntzugeben. Die Gewerkschaftskommission hat in ihrer gestrigen Sitzung folgende Resolution angenommen:

Die Gewerkschaftskommission Berlin und Umgebung nimmt Stellung zum Streik der Berliner Metallarbeiter und erklärt nach sorgfältiger Prüfung der Streifileitung, daß der den Metallarbeitern von einem übermächtigen Unternehmertum aufgezwungene Abwehrstreik von allen Gewerkschaften unterstützt werden muß. Sie will alle Gewerkschaften an, sofort zum Streik der Metallarbeiter Stellung zu nehmen und gegebenenfalls den Metallarbeitern mit allen Mitteln zur Seite zu stehen. Sie erwidert in dem Streik der Metallarbeiter den Streik der Unternehmer den Versuch, die Arbeiterkraft wirtschaftlich auszunutzen zu verhindern und ihre Expansionskraft zu vermindern. Das wird und muß verhindert werden.

Die Gewerkschaftskommission erhebt auch den schärfsten Protest gegen die Maßnahmen des Ober-Landesamtes, die zur Verhinderung von Gewerkschaftsversammlungen getroffen worden sind. Sie erwidert durch eine einstimmige Parolenahme gegen den Unternehmer, die geeignet ist, einen Abbruch in die erregte Arbeiterschaft zu tragen. Sie erwartet von der Regierung die Gewährleistung der vollen Versammlungsfreiheit für alle Gewerkschaften und weiter die Zurückführung aller Zuspänsen der Reichswehr aus den betroffenen Betrieben.

Die Gewerkschaftskommission beauftragt den Ausschuss der Gewerkschaftskommission, an den Sitzungen der Fünfjahreskommission teilzunehmen und ermächtigt diese weitere Streifileitung zur Vorbereitung aller erforderlichen Maßnahmen, des Weiteren werden alle Gewerkschaften verpflichtet, sofort Funktionärversammlungen einzuberufen, in denen ein Mitglied der Fünfjahreskommission Bericht über den Stand des Streiks und seine Bedeutung für alle Gewerkschaften geben soll.

Entsprechend den durch die Resolution festgelegten Beschlüssen ist die Fünfjahreskommission (Streifileitung) durch die Mitglieder der Berliner Gewerkschaftskommission verstärkt worden. Die Führung des Kampfes liegt nun gemeinschaftlich in den Händen der Fünfjahreskommission und der Berliner Gewerkschaftskommission. Alle Beschlüsse und Maßnahmen werden gemeinschaftlich gefaßt. Diese Kommissionen

haben dann in der Sitzung auf den Verhandlungsvorschlag des Herrn Reichsarbeitsministers folgende Antwort gegeben:

Herrn Reichsarbeitsminister Schicksal, Berlin NW.

Kur Ihr werles Schreiben vom 8. d. Mts. und den darin enthaltenen von Ihnen gemachten Vorschlag haben, nachdem die Generalversammlung der Fünfjahreskommission, dem Metallarbeitern und der Gewerkschaftskommission Berlin und Umgebung die Beantwortung und geben nach reiflicher Prüfung folgende Antwort: Wir sind bereit, in Verhandlungen einzutreten, und erlauben, falls die Genehmigung der Unternehmer dazu vorhanden ist, uns den Termin dieser Verhandlung bekannt zu geben.

Die Fünfjahreskommission Berlin und Umgebung. Es ist zu erwarten, daß sich auch der Verband der Metallindustriellen zu Verhandlungen auf dem Boden des Vermittlungsvorschlages des Ministers bereit erklären wird, und daß diese Verhandlungen zum fröhlichen Frieden führen.

Der Deutsche Metallarbeiterverband teilt mit: 13 weitere Firmen sind in den Streik getreten. Die Zahl der Streikenden und in Kampflinie und Schichten zum Stillstand der Eisenbahn-motoren befristet. Die Streifileitung, die beschloffen hatte, dem Streik einen strikten Streik für die Arbeiter und Bekleidung zur Verfügung zu stellen, steht sich genötigt, ihren Beschluß zu ändern, da die Streikbewegung nur für die deutsche Bevölkerung zur Verfügung gestellt werden kann, um ihre Bedürfnisse zu decken. Unterbleibt die Benutzung des Stromes zum Zwecke der Streikarbeit durch die Eisenwerke, so ist die Fünfjahreskommission bereit, den Wohnern von Eisenstädten elektrische Kräfte wieder zur Verfügung zu stellen.

Zu der Mitteilung der Direktion der Aktiengesellschaft Siemens u. Halske über Ausweisungen gegen Angestellte im Glühlampenwerk, erklärt der Ausschuss der Fünfjahreskommission als Vertretung der Angestellten am Auftragnehmer folgende Erklärung: Eine Mißhandlung von Angestellten des Glühlampenwerks seitens der Streikenden hat im geringsten Maße nicht stattgefunden. Der Angestelltenausschuss ist im Besitz einer freiwilligen Erklärung der angeblich Mißhandelten, die belegt, daß ein Zerren an den Seilen nicht stattgefunden hat, daß sie auch infolge der Vorfälle nicht bewußtlos geworden ist, noch einen Herabstoß erlitten hat.

### Dortmund, 9. Oktober.

Der drohende Streik in der hiesigen Metallindustrie ist abgewendet worden. Durch Abtötung erklärten sich die Arbeitnehmer mit den Zugeständnissen der Arbeitgeber einverstanden. Dadurch sind die eingetragenen Ränderungen hinfällig und die über die Dortmunder Bezirke verhängte Sperre ist aufgehoben worden.

deutsch-demokratischen Jugendvereine, ist schon erschienen. Sie enthält außer anderem einen Beitrag von Staatsminister a. D. Dr. Reich über „Junge Demokratie“; Gerwin Löwe, der als Generalsekretär der Jugend, berichtet über die demokratische Jugend; Adèle Friedländer fordert „Neue Demokratie“; die demokratische Jugend; die zweimal im Monat herauskommt; kostet 3 Mark vierteljährlich. Bestellungen nimmt jedes Postamt entgegen, ebenso der Verlag „Die demokratische Jugend“, Berlin W 57, Bülowstraße 61.

## Krieg in Moskau?

Angewählte Erhebung der Sozialrevolutionäre.

Ritterdam, 9. Oktober. Einem Telegramm aus Reval zufolge haben sich die Sozialrevolutionäre gegen die Bolschewiken in Moskau erhoben.

Das Pressebureau Reval meldet, daß am Freitag mitgeteilt wird, daß in Sowjet-Rußland infolge der Abweisung gegen die bolschewistische Herrschaft Kämpfe vorgekommen sind. Bei einer Sowjetisierung in Moskau am 25. September wurden durch Bombenanfälle 13 Bolschewikentumtäre getötet. Die Bolschewiken machen ungewöhnliche Anstrengungen, um die Wauern zu beruhigen, und sind mit den Gewerkschaften in Arbeiterlagern fast auseinander gekommen. Sie mühten sich, sich zu zeigen, daß die Gewerkschaften als ein wichtiger Faktor anerkannt werden.

Der Winter droht. Nachrichten aus dem Schwarzward melden, daß dort der erste Schnee gefallen ist.

Ziefer geschickt. Berichtende Winter: Eine Schweizer Zeitung, die das „Kronenblatt“ nennt, sieht sich als Signette auf ihre Verfallenen einen dreierleiigen Einkronenstein vor, dem der Verfallenenpreis der früheren Signette kostete 10 Centimes, während die Kronennoten in der Schweiz für 75 Centimes zu haben sind.

Neuer Kriegszug zwischen Nord- und Südchina. „Times“ melden aus Moskau, daß der Bürgerkrieg zwischen Nord- und Südchina von neuem entbrannt ist.

## Die große Aussprache.

Hoskes Rückzug. — Die ausgebliebenen Enthüllungen. — Eine Rede des Aufseministers. — Richtshofen gegen Craub.

Die Nationalversammlung hat gestern die allgemeine Aussprache zum Konkreten fortgesetzt, obwohl das Gehalt des Reichstanzlers bereits benannt ist. Die Rede des unabhängigen Sprechers, für die in der Presse die rote Revolution gemeldet worden war, brachte eine Enttäuschung. Für den Reichstanzler, daß der berühmte Morgan-Vertrag mit der russischen Regierung mehr ein schlechter Scherz ist. Er ist abgeschlossen worden zwischen einem unabhängigen Siphel und den Abenteurern, die sich als wehrfähige Regierung ausgeben. Das man es bei ihnen nicht mit ernsthaften Menschen zu tun hat, beweist wohl am besten die Tatsache, daß sie dem Beispiel der Unabhängigen Sozialdemokratie offenbar für einen wirtlichen Vertreter Morgans gehalten haben. Es war von Herrn Dr. Sohn mehr als naiv, daß er verfuhrte, mit dieser operativen Gelegenheit auch noch den von Berlin abwesenden Dr. Solz nicht. Aber es ist natürlich gleichwohl notwendig, daß die Regierung ein nachsames Auge auf die Treibereien fremder Abenteurer in Berlin hat, das gilt für die politischen wie für die hochfinanzpolitischen. Gegen die letzteren hat aber offenbar Herr Dr. Sohn nicht einzuwenden. Er befragte, daß wir die Beziehungen zu Sowjetrußland nicht wieder aufgenommen werden gleichzeitig forderte er auf, gegen die empfindliche Militärmission in Berlin einzutreten, die den Kampf gegen Sowjetrußland fördert. Mit diesem Vorschlag aber durchkreuzte Dr. Sohn seine ganze Kritik an der deutschen Außenpolitik, von der er mit Recht sagte, daß sie uns mit der Entente in den letzten schweren Konflikt gebracht hat. Herr Koske wußte mit seiner agitatorischen Witterung diesen Widerpruch heraus, und er stürzte sich um so lieber auf ihn, als er sich eben zu einem unangenehmen Rückzug bequemen mußte. Die deutsch-nationale Gesichtschrift, die in der „Deutschen Tageszeitung“ gedruckt worden ist, wurde nicht vom deutsch-nationalen Hauptbureau bestellt. Dazu waren die Verantwortlichen doch zu klug. Sie werden jetzt aus dem Vertrauen des deutschnationalen Kapitals schlagen, und die ganze deutsche Arbeiterschaft an der Forderungsgagitation in der Reichswehr leugnen. Herr Koske sollte sich einen besseren Nachrichtenendienst beschaffen, damit ihm ein solches Maßwerk nicht wieder bequemt. Im übrigen konnte er feststellen, daß das deutsch-nationale Hauptbureau der Auftraggeber einer anderen Druck-lade gewesen ist. Es hat das bekannte Bedebild von Czard und Huse auf Postkarten vervielfältigen lassen. Und zu beschwerft sich der feurige Identität Craub noch über die Karikaturen des III. Reichs, fürchtet bespricht der Wehrminister die Vorgänge im Baltikum und polemisiert dabei lebhaft gegen die Unabhängigen.

Der Außenminister Hermann Müller teilt gestern mit, daß Deutschland sich an der Arbeitserfahrungen in Washington nur als gleichberechtigter Teilnehmer beteiligen würde. Er wies jede Gemeinschaft mit den generoserevolutionären Ruffen zurück. Bemerksenswert war seine Feststellung, daß die Entente nach Abschluß des Waffenstillstandes zunächst das Verbleiben deutscher Truppen im Baltikum verlangt hat. Aus der weiteren Debatte verdient nur noch die Rede des Demokraten V. Richtshofen hervorzuheben, der in frischer Form mit den Reaktionen abrechnete. Persönliche Bemerkungen arteten zu der üblichen sozialistischen Paarlalkerei über die Novemberbewegung aus. Die Debatte ist auch gestern nicht fertig geworden, sie wird heute fortgesetzt.

### Sitzungsbericht.

Im Regierungsbüro: Schiffer, Koch, Erzberger. Die sozialdemokratische Interpellation über Preissteigerungen infolge der Aufhebung der Zwangsversorgung wird später beantwortet werden.

In Fortsetzung der politischen Besprechung erhält anstelle des Hdg. Haase das Wort

Hdg. Dr. Sohn (N. So.):

Die Bluttat vor dem Reichstagsgebäude hat allgemeine Entschaltung hervorgerufen. Die Weisse und die Roten des Jahres sind noch unklar. Wir warten ab, ob sich das Dunkel nicht klären wird und hüten uns, den Täter einer Partei oder einer bestimmten Klasse anzuhängen. In den entscheidenden Novembertagen hat David mit den Nationalisberatern verhandelt. (Kochen bei den Soz. - Jurist des Abg. Welts Wirtsdberg) Gerwinigen: Sie sind bei der Entente am Abend hat dem Reichstagsgebäude übertragen, daß ihm Krina 30 a r dieses merkwürdigen Sozialisten, Er ist der erste sozialistische Reichspräsident und wird auch der letzte sein. (Luthe bei den Soz.) Seine Präsidentenwahl wird so lange dauern, wie die Meinungslosigkeit eines Schiedsrichters, und wird auch nicht viel mehr Zorn in der sozialistischen Entschaltung hinterlassen. (Kochen bei den Soz.) Das wird vor wärter flammig die Militärschiff mit gelblich und Schuphoft. Koste verbietet Anstalten, die jahrelang sind als frühere sozialdemokratische Wahlplattäter. Einmal mit der Wahllokomotiv und dem vom die Abrechnung. Die Ballentomantik ist erst von der deutschen Regierung, vor allem von Winia, geschaffen worden. Koste hat die Un-

## Die Rückkehr aus Frankreich.

Beginn der Abdefforderung Ende Oktober.

Genf, 9. Oktober. Das rote Kreuz teilt mit, daß die allgemeinen deutschen Kriegsgefangenentransporte aus Frankreich nach Mitteilung der französischen Regierung zwischen dem 27. Oktober und dem 2. November beginnen sollen. Es seien 432 000 deutsche Kriegsgefangene aus Frankreich heimzubefördern.

## Die neue Note Sochs.

Basel, 9. Oktober.

„Deuere“ sagt, daß die Note, die Marschal Soch, infolge der Antwort Deutschlands bezüglich der baltischen Provinzen, an die deutsche Regierung zu richten gedent, klar und bestimmt sein wird, und die sofortige Durchführung der Zwangsmaßnahmen anknüpft wird, die die Alliierten in der vorhergegangenen Note angebracht haben.

Milan, 8. Oktober. (M. T. B.)

Oberst Kowlow-Bernand hat heute dem hiesigen Vertreter der Entente eine Note übergeben, in der es u. a. heißt: Ich habe als Chef der russischen Armee der westlichen Provinzen, um die Bolschewiken zu bekämpfen, die Ordnung und Sicherheit meiner Aktionskräfte wiederherzustellen, mit dem Führer der deutschen Truppen, die das Land um den allmählichen Rückzug ihrer Truppen und die Sicherung im militärischen Rückzug nach Deutschland garantiert habe, im militärischen, daß der deutsche Jnland der Verwaltung ausüben, in welchem sich die durch meine Truppen besetzten Provinzen befinden.

„Die demokratische Jugend.“ Die erste Nummer der „Die demokratische Jugend“, das Organ des Reichsbundes der